Slowakei

Kai-Olaf Lang

Im zweiten Jahr ihrer Amtszeit konnte die Regierung von Premierminister Robert Fico beachtliche europapolitische Erfolge erzielen. Die Slowakei trat der Schengen-Zone bei, Kommission sowie Europäischer Rat gaben grünes Licht für die Einführung des Euro zum 1. Januar 2009. Auch stimmte – nach einigem Hin und Her – das Parlament im April 2008 dem Lissabon-Vertrag zu. Für Robert Fico und seine linksnationale Koalition sind diese Schritte ein Beleg für ein konstruktives und professionelles europa- und außenpolitisches Engagement. Eine derartige Profilierung ist aus Sicht der slowakischen Regierung deswegen von Belang, weil das seit Mitte 2006 regierende Dreierbündnis aus Ficos Smer-SD (Die Richtung – Sozialdemokratie), der radikalen Slowakischen Nationalpartei (SNS) und der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (LʿS-HZDS) des Ex-Premiers Vladimír Mečiar international umstritten ist. Verantwortlich hierfür sind unter anderem antiungarische Ausfälle der Nationalisten oder die Beteiligung des HZDS-Chefs an der Koalition – Vladimír Mečiar hatte die Slowakei in den 1990er Jahren ins außenpolitische Abseits geführt. Zweifel vor allem an der sicherheitspolitischen Ausrichtung hat auch der Aufbau enger Beziehungen zu Russland (etwa die angestrebte Kooperationsvertiefung im Bereich der Energiewirtschaft) aufkommen lassen.

Ein Handicap für die Regierung war und ist überdies, dass sich die Kontakte der drei Regierungsparteien zu großen europäischen Parteienfamilien schwierig gestalten, auch wenn sich in der ersten Hälfte 2008 Veränderungen abzeichneten. Der Smer-SD war nach dem Zusammengehen mit der SNS die vorläufige Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) suspendiert worden. Diese Entscheidung wurde im Februar 2008 rückgängig gemacht, doch muss ein SPE-Kongress im Herbst 2009 definitiv über die Mitgliedschaft der Smer entscheiden. Bis dahin bleibt die Partei unter Beobachtung. Die SNS hingegen bleibt nach wie vor ohne internationalen Anschluss. Einen Fortschritt erzielte die HZDS, die im Juni 2008 assoziiertes Mitglied der Europäischen Demokratischen Partei wurde. Sollte die Partei nach den Europawahlen von 2009 die Vollmitgliedschaft erhalten, stünden ihren Abgeordneten im Europäischen Parlament die Tore zur liberaldemokratischen Fraktion offen.

Innenpolitische Rahmenbedingungen

Robert Ficos innenpolitische Position hat sich weiter gefestigt. Die Smer-SD bleibt die mit Abstand populärste Partei und könnte bei Umfragewerten bis an die 50% eventuell mit einer absoluten Mehrheit im Parlament rechnen.[1]

Die Beliebtheit von Fico und Smer hat dem Regierungschef gegenüber den phasenweisen unbotmäßigen Koalitionspartnern, insbesondere der HZDS, ein beachtliches Drohpotential an die Hand gegeben. Denn seine Partei wäre wahrscheinlich die größte Nutznießerin vor-

1 Ústav pre výskum verejnej mienky (Meinungsforschungsinstitut beim Amt für Statistik): Volebné preferencie v novembri 2008, Bratislava, November 2008, www.statistics.sk.

gezogener Wahlen. Die Stellung der Smer-SD hat sich auch deswegen verbessert, weil sich innerhalb und zwischen den Oppositionsparteien Differenzen und Abspaltungen ergaben.

Ratifizierung des Lissabon-Vertrag

Die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags stand im Zeichen einer harten innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Regierungslager und Opposition um die Neufassung des Pressegesetzes. Der Koalition ging es dabei darum, sowohl das bereits bisher bestehende Recht auf eine Gegendarstellung bei offensichtlichen Fehlinformationen als auch ein neues „Recht auf Antwort" gesetzlich zu verankern. Letzteres, so die Furcht vieler Kritiker, könnte bei extensiver Anwendung andere publizistische Inhalte zurückdrängen, da die Reaktion des Korrektur Verlangenden an gleicher Stelle plaziert werden muss wie der ursprüngliche Artikel. Die Gesetzesinitiative wurde nicht nur von slowakischen Medienvertretern und Journalistenverbänden bemängelt, auch aus dem Ausland und insbesondere von der OSZE wurden Vorbehalte angemeldet. Dennoch wurde das Gesetz, mit nur kleineren Änderungen, Anfang April 2008 mit den Stimmen der Regierungskoalition angenommen.[2]

Die konservativen Oppositionsparteien hatten versucht, die Gesetzesnovelle durch ein Junktim zwischen Pressegesetz und Ratifizierung des Lissabon-Vertrags zu verhindern: Da die Regierungsseite nicht über die notwendige qualifizierte Mehrheit (91 der 150 Abgeordneten) für die Annahme des Grundlagendokuments verfügt, war sie auf Stimmen ihrer innenpolitischen Kontrahenten angewiesen. SDKÚ und KDH machten daher das Ja zum Lissabon-Vertrag von einer Rücknahme der Neuerungen im Pressegesetz abhängig. Obwohl die europäischen Schwesterparteien der slowakischen Konservativen und Christdemokraten ein solches Vorgehen nicht unterstützten, rückten beide Gruppierungen nicht von ihrem Standpunkt ab. In der KDH bestanden große Ressentiments gegenüber den Inhalten des Vertrags, da dieser aus Sicht der Partei die Souveränität der Nationalstaaten einschränkt und kleine Staaten schwächt.[3] Da die Partei schon früher angekündigt hatte, nicht für das Dokument stimmen zu wollen, kam den Christdemokraten die Verkomplizierung des Ratifizierungsgeschehens wohl nicht ungelegen. Demgegenüber dürfte es der durchweg für den Lissabon-Vertrag eintretenden SDKÚ schwerer gefallen sein, einen solchen Nexus herzustellen bzw. durchzufechten. Das Kalkül von KDH und SDKÚ ging indes nicht auf, da die ungarische SMK aus übergeordneten europapolitischen Erwägungen die Verknüpfung von institutioneller Reform der EU und der Auseinandersetzung über das Pressegesetz nicht unterstützte. Am 10. April 2008 billigte der Slowakische Nationalrat daher den Lissabon-Vertrag mit den Stimmen der Regierungskoalition und der SMK. KDH und SDKÚ boykottierten die Abstimmung.[4] Paradoxerweise unterstützten damit die ansonsten europaskeptischen Nationalisten der SNS das Vertragswerk, während zwei Mitgliedsparteien der EVP dem Dokument ihre Zustimmung verweigerten.

Der Euro kommt

Die Regierung Fico hatte gleich nach Amtsübernahme deutlich gemacht, dass es ihr erklärtes Ziel sei, die Haushalts-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik auf die Einführung des Euro zu Beginn des Jahres 2009 auszurichten. Allerdings wurde diese Ankündigung mit einigen

2 Miroslav Kollár u.a.: Rating IVO Barometra za druhý štvrrok 2008 v oblasti Nezávislé médiá, in: Inštitút pre verejné otázky, IVO Barometer, 2/2008, S. 10f., www.ivo.sk.

3 Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický svývoj a systém politických strán, in: Miroslav Kollár u.a.: Slovensko 2007, Súhrnná správa o stave spolonosti, Bratislava, 2008, S. 17-118, S. 112f.

4 Insgesamt stimmten 103 von 109 anwesenden Abgeordneten für den Vertrag. Lisabon schválili vd'aka SMK, Fico demisiu nepodá, Sme, 10.4.2008.

Zweifeln aufgenommen, da Fico bei den Wahlen eine sozialpolitische Wende in Aussicht gestellt hatte und befürchtet wurde, die neue Regierung werde sich zu einer kostspieligen Wohlfahrtspolitik hinreißen lassen. Schnell stellte sich allerdings heraus, dass lediglich geringfügige Sozialmaßnahmen umgesetzt wurden (Abschaffung von Praxisgebühren, Einmalzahlungen an Rentner), die die Budgetstabilität in keiner Weise gefährdeten. Die auch 2007 weiterhin solide Haushaltslage war denn auch eine zentrale Voraussetzung für die zügige Euro-Einführung und ein positive Einschätzung des slowakischen Konvergenzprogramms durch die Kommission.

Trotz eines gesunden Budgets, war es aber keineswegs sicher, dass das Zieldatum 2009 eingehalten werden könnte. Denn angesichts des auch in der Slowakei zu beobachtenden Preisauftriebs bestanden Zweifel daran, ob die Slowakei in der Lage sein würde, die Maastricht-Kriterien nachhaltig zu erfüllen. Solche Bedenken mussten dadurch ausgeräumt werden, dass die Krone noch einmal merklich gegenüber dem Euro aufgewertet wurde. Die in Absprache mit der EU vorgenommene Anpassung des Leitkurses um über 17% sollte vor allem den spürbaren Inflationsdruck abmildern. Am 7. Mai gab dann die Kommission grünes Licht, auf seiner Zusammenkunft am 19. und 20. Juni bestätigte der Europäische Rat diese Entscheidung: Die Übernahme der Gemeinschaftswährung ist für die Slowakei auf den 1. Januar 2009 terminiert. Im Angesicht des nahenden Euro-Zonen-Beitritts konzentrierte sich die slowakische Regierung verstärkt darauf, einem möglichen Preisschub durch die Umstellung auf den Euro entgegenzuwirken. Schon seit dem Frühjahr 2008 nimmt eine staatliche Arbeitsgruppe ein Monitoring der Lebensmittelpreise vor. Ziel dieser und anderer Maßnahmen ist es, insbesondere junge Familien mit Kindern sowie Rentner vor negativen Folgen der Euro-Übernahme zu schützen.[5]

Slowakische Außenpolitik und GASP

Die Außenpolitik der Regierung Fico charakterisierte sich weiterhin durch eine Abkehr von der stark transatlantisch orientierten Vorgängerregierung und die Intensivierung der Beziehungen zu Russland. So soll vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit bzw. die Kooperation im Energiesektor vertieft werden. Angestrebt wird etwa der Aus- und Neubau slowakischer Kernkraftwerke durch russische Firmen sowie eine verbesserte Zusammenarbeit von Rüstungsfirmen. Nicht zuletzt geht es Fico um die Sicherung günstiger Gaslieferungen. Diese sind elementarer Bestandteil einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich den Kampf gegen übermäßige Energiepreise auch auf ihre Fahnen geschrieben hat. Premier Fico kritisierte mehrfach die Pläne zur Installation der amerikanischen Raketenabwehr in Polen und der Tschechischen Republik. Nach Ausbruch des Georgien-Kriegs erklärte Fico mit einigem Verständnis für Russland, er sehe die Situation nicht schwarzweiß. Die russische Reaktion sei zwar massiv gewesen, aber man wisse, wer provoziert habe.[6] Beim Anfang September abgehaltenen EU-Sondergipfel zur Kaukasus-Krise hatte sich Fico dafür ausgesprochen, auch Georgiens Verhalten anzuprangern. Allerdings wurde diese Position nicht aktiv verfolgt. Dies hing auch damit zusammen, dass Bratislava sehr gut mit dem Beschluss leben konnte, da dieser die Bedeutung der territorialen Integrität Georgiens unterstrich.[7] Dieser Punkt ist für die Slowakei zentral, da man sich in der Kosovo-Frage den Unabhängigkeitsbestrebungen Prištinas entschieden widersetzt.

5 Fico: Zbavme l'udí „eurostrachu", Sme, 5.3.2008.
6 Fico: Vojnu vyprovokovalo Gruzínsko, Sme, 15.8.2008.
7 Európa nechce Rusov trestat'; Sme, 2.9.2008.

Schon im Frühjahr 2007 hatte der Slowakische Nationalrat eine Resolution angenommen, in der der einseitigen und vollständigen Unabhängigkeit des Kosovo eine Absage erteilt wurde.[8] Als sich um die Jahreswende 2007/2008 abzeichnete, dass Priština gewillt war, sich einseitig von Serbien zu lösen, machte die slowakische Regierung klar, dass für sie die einseitige Ausrufung der Unabhängigkeit seitens des Kosovo nicht ausreichend sei. Solange „internationale Organisationen" das Kosovo nicht anerkannten (konkret keine politische Einigung von EU und Vereinten Nationen vorliege), sei ein solcher Schritt für die Slowakei nur schwer vorstellbar.[9] Daher kam es wenig überraschend, dass Bratislava dem neuen Staatsgebilde die diplomatische Anerkennung verweigerte. Allerdings hatte das slowakische Außenministerium schon früh signalisiert, dass man die die Aktivitäten von UN, EU, NATO, OSZE und Europarat im Kosovo unterstützen werde und sich z.B. auch an der EULEX-Mission der Europäischen Union beteiligen wolle.[10]

Premierminister Robert Fico kritisierte das Vorgehen der kosovarischen Seite ebenso wie die Anerkennungs-freundliche Mehrheitsmeinung in der EU. Die Trennung des Kosovo von Serbien verglich er mit dem Münchener Abkommen oder der Wiener Arbitrage vom November 1938. Durch diese wurde die Grenzziehung zwischen Ungarn und der Slowakei revidiert und dominant ungarisch besiedelte Gebiete auf dem Territorium der (Tschecho-)Slowakei der Republik Ungarn zugeschlagen.[11]

Das Nein zur Unabhängigkeit des Kosovo beschränkt sich keineswegs auf die Regierung, sondern wird auch (mit Ausnahme der ungarischen SMK) von der Opposition unterstützt. Hintergrund der negativen Haltung ist der „ungarische Faktor": Man fürchtet, durch die Anerkennung des Kosovo werde ein Präzedenzfall geschaffen und die in der Slowakei lebenden Ungarn könnten sich ermutigt fühlen, nun Autonomie einzufordern oder vielleicht einmal auf eine Abspaltung hinzuwirken. Robert Fico warnte daher vor einer „Kettenreaktion in einigen anderen Ländern, in denen nationale Minderheiten die Bildung eines eigenen Staats fordern könnten"[12]

Unabhängig von der Kosovo-Frage bleibt der westliche Balkan ein Schwerpunkt des außenpolitischen Engagements der Slowakei. Dies wird etwa durch eine auch 2007 und 2008 wieder rege Besuchsdiplomatie unterstrichen. Auch ist die offizielle Entwicklungshilfe der slowakischen Regierung stark auf diese Region ausgerichtet.[13]

Trotz der wachsenden Bezugnahme auf Russland und mehr oder minder offen geäußerter Kritik an den USA in den Reihen der Regierungskoalition, ging die Regierung Fico bislang weder in der EU noch im transatlantischen Verbund auf Konfrontationskurs. Sie war vielmehr bemüht, die Slowakei als pragmatischen europa- und außenpolitischen Akteur darzustellen. Eine Ausnahme vom eher wenig profilierten Kurs Bratislavas ist die unnachgiebige Haltung hinsichtlich der Unabhängigkeit des Kosovo. Auch die bilateralen Beziehungen zu Ungarn haben sich – insbesondere durch aggressive Äußerungen aus der Regierungspartei SNS – deutlich verschlechtert.

8 Národná rada Slovenskej republiky, Vyhlásenie NR SR k riešeniu budúceho štatútu srbskej provincie Kosovo. Bratislava, 28.3. 2007, www.nrsr.sk .

9 So Premier Fico nach einem Besuch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Ende Januar 2008. Slovenský premiér Robert Fico dnes na pôde Parlamentného zhromaždenia Rady Európy (PZ RE) zopakoval pozíciu Slovenska, Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 21.1.2008.

10 MZV SR berie na vedomie jednostranné vyhlásenie nezávislosti Kosova, Erklärung des slowakischen Außenministeriums vom 17.2.2008.

11 Fico prirovnal Kosovo k Mníchovu '38, Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 24.2.2008.

12 Ebd.

13 Serbien und Montenegro sind die beiden Schwerpunktländer der slowakischen Entwicklungshilfe.